

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : das Urteil von Nürnberg ; Ein Präzedenzfall ; Und das deutsche Volk? ; Wir müssen helfen ; Der Kampf um Deutschland ; Der Fall Wallace ; Amerikanische Politik ; Britische Aussenpolitik ; Stalins Friedensangebot ; Der internationale Macht...

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138849>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihn zu wehmütig berühren — und sie hätte ja auch nicht in das Kapitel über Sowjethumanismus und neben die schönen Sprüche Stalins über die Würde des Menschen eingepaßt.

Fritz Lieb weiß sehr gut, wie wichtig und heilig die Dinge sind, die da in Frage stehen. Auf den letzten Seiten seines Rußland-Buches sagt er: „Die Aufrechterhaltung der vollen Integrität persönlicher Freiheit und der sie schützenden Rechte in einem Rechtsstaate ist eigenstes Anliegen einer Kirche, die noch weiß, zu was sie in dieser Welt berufen ist.“ Niemals sollte mit dem Hinweis auf die in Rußland versuchte Verwirklichung der Arbeits-Demokratie die Außerkraftsetzung der Menschenrechte aufzuwiegen unternommen werden. Wir sind zu jeder Anerkennung des sozialen Fortschritts in der Sowjetunion bereit, aber wir sind nicht bereit, Propaganda für Wirklichkeit zu nehmen, und wir sind nicht bereit, um der sozialen Fortschritte willen, auch wenn sie noch so real sein sollten, irgendeine Unterdrückung des Menschen bagatellisieren zu lassen.

Das Rußland-Buch Liebs enthält einen großen geistigen Reichtum, etwas von dem Licht aus dem Osten, das in den großen Russen verheißungsvoll in unsere westliche Welt „des erlöschenden religiösen Lichtes“ hineingestrahlt ist. Und das große Verdienst dieses Buches ist der starke Wille, die gegenseitige Annäherung, die jetzt wieder so tragisch bedroht ist, zu fördern. Als wir Studenten waren, da hat es an den schweizerischen Hochschulen von russischen Studenten und Studentinnen gewimmelt. Warum sind sie heute, wo der gegenseitige geistige Austausch so nötig wäre, nicht mehr da? Warum wird das nicht gefördert? Was für Verbrecher sind es, die das verhindern? Verbrecher gegen die Rettung Europas, gegen die Zukunft der Welt! Wir haben, wie Fritz Lieb, einen großen Glauben an die Kräfte, die im russischen Volke liegen, aber wir sehen, wie er, auch die unverlierbaren und unveräußerlichen Wahrheiten, die der Westen errungen hat. Die Kanäle aber, durch die diese Kräfte hinüber und herüberfließen heißen nicht Propaganda sondern Wahrheit und Freiheit. Und es gibt jetzt nur ein Verbrechen gegen die Menschheit, das ist die Zerstörung dieser Kanäle.

Paul Trautvetter.

Weltrundschau

Das Urteil von Nürnberg Während ich mich anschiebe, diese meine Rundschau zu schreiben, zittert die Erregung über das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes gegen die zweiundzwanzig deutschen Kriegsverbrecher noch überall in der Weltöffentlichkeit nach, am meisten natürlich in Deutschland. Ich meine nicht so sehr die Erregung über den *Inhalt* des Wahrspruches der alliierten Richter, wie stark er auch angefochten worden sein mag, sondern diejenige über die Tatsache der Urteilsfällung im ersten Kriegsverbrecher-

prozesse der Welt selber. Denn wie man sich auch im einzelnen zu dem Urteilspruch stellen mag: daß er ein weltgeschichtliches Ereignis von einziger Art ist und wohl geradezu Epoche machen wird, diesem Eindruck kann sich kaum jemand entziehen, und *das* ist es vor allem, was die Gemüter der Menschen so außerordentlich beschäftigt.

Das Urteil von Nürnberg ist weit herum scharf kritisiert worden, und ich selber stimme in die Kritik lebhaft ein. Nicht deswegen, weil nicht alle zweiundzwanzig Angeklagten an den Galgen gekommen sind, sondern nur deren zwölf. Ich hätte im Gegenteil gewünscht, daß überhaupt kein Todesurteil gefällt worden wäre*), sondern daß man sämtliche Angeklagten und dazu noch ein paar hundert oder tausend weiterer Nazikreaturen — Gauleiter, Beamte, Offiziere usw. —, nach Sibirien oder Kanada verbracht hätte, wo sie Gelegenheit gehabt hätten, durch ein Leben harter Arbeit einen winzigen Teil der ungeheuren Schuld wieder gutzumachen, die sie auf sich geladen haben. *Wenn* man sich aber schon einmal auf den Boden der gewöhnlichen Justiz stellen will, dann kann man nicht anders als über die Abstufungen im Strafmaß gegenüber den verschiedenen Angeklagten befremdet zu sein. Insbesondere schlägt die Freisprechung Schachts und von Papens — Fritzsche ist ein subalternen Typ — von aller Schuld und Strafe, mag sie auch juristisch noch so gut begründbar sein, allen Begriffen von *moralischer* Gerechtigkeit gerade ins Gesicht. Und daß ein Teil der Richter selber — die russischen und französischen — *gegen* die Freisprechung waren, weist darauf hin, daß auch im Rahmen des Auftrags, an den das Internationale Militärgericht gebunden war, die Verurteilung der beiden Politiker, die am Aufkommen und an den Taten des Nazismus so entscheidend beteiligt waren, durchaus möglich gewesen wäre. Aber man *wollte* sie eben offenbar nicht verurteilen, und der Verdacht ist schwer abzuschütteln, daß irgendwelche Einflüsse am Werke gewesen seien, um die beiden „Internationalen“ vor dem Strick zu retten. Möge hier das deutsche Volk selber zum Rechten sehen!

Allein auch wenn man anerkennen will, daß die alliierten Richter durch das Statut, welches das Internationale Militärtribunal ins Leben rief, gehindert waren, auch Schacht und von Papen schuldig zu erklären, so ist man noch keineswegs gezwungen, sich mit dem Spruch von Nürnberg und dem Prozeßverfahren, das dazu führte, zufrieden zu geben. Denn das ist es ja gerade: daß die Schöpfer des Statuts für das Internationale Militärgericht die Aufgabe der Ankläger und Richter auf einen ganz bestimmten, eng umschriebenen Tatbestand begrenzten. Der Nürnberger Prozeß krankte von vornherein daran, daß ihm alle Fragen ferngehalten waren, die sich auf die Klärung der *gesamten*

*) Und die graufige Art und Weise, wie nach den Zeitungsberichten die Henkerie vor sich gegangen ist, konnte einen in seiner grundsätzlichen Ablehnung *jeder* Todesstrafe nur bestärken! (18. Oktober.)

Kriegsursachen bezogen. Wäre *hierauf* ein scharfes, breites Licht gefallen, dann wäre eben deutlich geworden, daß der deutsche Nazismus — wie der Faschismus in Italien, Spanien usw. — nur auf dem Boden der zwischenstaatlichen Anarchie und des internationalen Kapitalismus hat wachsen können, und daß es insbesondere ganz bestimmte politische und gesellschaftliche Kräfte in England und Frankreich waren, die das Emporkommen Hitlers und den Beginn seiner Eroberungspolitik entscheidend begünstigt haben. Und an solcher Klarstellung hatten die alliierten Regierungen eben kein Interesse! Es bleibt also noch große Arbeit zu tun, um *diese* Zusammenhänge zu klären und sie dem Bewußtsein der Völker einzuverleiben. Solange das *nicht* der Fall ist, ja die Wahrheit über die Mitschuldigen der in Nürnberg Verurteilten und Freigesprochenen sogar noch geflüchtig verdunkelt wird, hat die Sache des Friedens ihren entscheidenden Sieg noch nicht gewonnen.

Ein Präzedenzfall Trotz alledem, und so sehr eine ganze Reihe von Punkten in der Urteilsbegründung zur Kritik herausfordert *) für *mein* Empfinden ist bei weitem das Wesentlichste, daß in Nürnberg zum ersten Mal in der modernen Geschichte Politiker und Militärs für die Anzettelung und Führung eines Angriffskrieges, für die Verletzung internationaler Verträge, für verbrecherische Taten, die sie im Zusammenhang mit der Kriegführung begingen oder deckten, und für Verbrechen gegen die ewigen Gesetze der Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen wurden. Nationale Souveränität oder Befehle von Vorgesetzten werden von nun an nicht mehr als Entlastungsgründe für solche Verbrechen anerkannt werden; jeder Staatsmann und jeder Heerführer, der sie begeht, und welchem Volk er auch angehört, wird sich dafür künftig, früher oder später, persönlich vor einem internationalen Gerichte zu verantworten haben — das ist der neue, der revolutionäre Grundsatz, der mit dem Nürnberger Urteil und der ihm zugrunde liegenden Londoner Vereinbarung vom 8. August 1945 durchbrochen ist. Denn wenn auch in Nürnberg, gestützt auf ein Recht, das erst *nach* der Begehung der eingeklagten Taten geschaffen worden ist, zunächst gewiß Sieger über Besiegte zu Gericht gesessen sind, so haben die alliierten Richter tatsächlich eben doch im Namen der objektiven Gerechtigkeit, als Ausdruck des Menschheitsgewissens, ihr Urteil gesprochen und der Sache des Friedens damit einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Und die alliierten Ankläger im Nürnberger Prozeß haben mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit ein Beweismaterial zu-

*) Daß die These der Anklage von einer nationalsozialistischen Verschwörung zur gewalttätigen Niederwerfung Deutschlands und nachher der ganzen Welt von den Richtern abgelehnt wurde, weil sie „den geschichtlichen Tatsachen widerspreche“, ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit. Wo ist denn das Lied gesungen worden, in dem es heißt: „Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt?“

fammengetragen, das bei aller Beschränkung auf die eigentlich deutschen Tatbestände durch die rücksichtslose Bloßstellung der Machenschaften hoch- und höchstgestellter Staatsmänner und Militärs, die sich daraus ergab, eine unabsehbare Fernwirkung auf *alle* Regierungen und Völker ausüben wird. Man kann dem Londoner „New Statesman“ nur zustimmen, wenn er feststellt:

„Es ist jetzt ein Präzedenzfall für Völkerrecht und Völkerfittlichkeit geschaffen, der weit über diesen besonderen Fall der Nazikriegsverbrecher hinausreicht . . . Die Verurteilung dieser achtzehn Männer bedeutet keinen Freispruch für irgend einen anderen. Ja, der Beweis für ihre Verbrechen macht sogar die Unterlassungs- wie die Begehungsfünden der Einzelpersonen und Regierungen noch augenfälliger, die bis zum Kriegsausbruch ihrer Verschwörung Vorschub leisteten . . . Die Befürworter einer Verständigung mit Nazideutschland, im Westen wie im Osten, sind durch diesen Wahrspruch der Begünstigung eines ungeheuerlichen Verbrechens überführt worden. Der wahre Wert des Nürnberger Prozesses liegt darin, daß er für das internationale Verhalten eine Norm aufstellt, die in verschiedenen Abstufungen die Politik jedes großen Volkes vor und nach dem zweiten Weltkrieg verurteilt.“ (Uebrigens auch diejenige manches Kleinstaates!)

Das ist in der Tat der entscheidende Gesichtspunkt, und es kommt jetzt nur darauf an, daß mit dem in Nürnberg festgelegten Maßstab die Handlungen und Unterlassungen der Staats- und Heerführer auch wirklich und in aller Öffentlichkeit gemessen werden. Dann wird Nürnberg einen der wichtigsten Bausteine für die Schaffung eines wirklichen Völkerrechts und einer anständigen internationalen Moral geliefert haben *).

Und das deutsche Volk? Ob der Kriegsverbrecherprozeß auch dazu beitragen wird, einen Umschwung in der inneren Haltung des deutschen Volkes gegenüber seiner ganzen Geschichte herbeizuführen, bleibt freilich mehr als zweifelhaft, wenigstens was die nähere Zukunft betrifft. Und doch wird von einer wirklichen Ueberwindung der deutschen Gefahr erst dann die Rede sein können, wenn ein solcher Gesamtumschwung eintritt — also ein sauberes Abrücken nicht nur von den Untaten Hitlers und seines Regimes (was verhältnismäßig leicht und billig ist), sondern auch von der ganzen Linie, auf der sich, allermindestens seit der Bildung der preussischen Militärmacht, die politische Geschichte Deutschlands bewegt hat. Ja, mit dem Nazismus will heute in Deutschland — nach außen hin wenigstens — niemand mehr solidarisch sein; sie arbeiten jetzt alle am

*) Es ist erfreulich, wie gerade englische Blätter die Nutzenanwendung des Nürnberger Urteils auf die Politik und Kriegführung auch der alliierten Mächte ziehen. Der „Economist“ zum Beispiel weist darauf hin, daß mit dem Spruch des Internationalen Militärgerichtes auch der russische Angriff auf Finnland und Polen, ebenso aber die unterschiedslose Bombardierung ziviler Bevölkerungen durch die Engländer und Amerikaner (in Deutschland und Japan vor allem) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden verurteilt sei.

Aufbau eines „neuen“, eines „demokratischen“ und „friedfertigen“ Deutschland. Fragt aber einmal einen solchen „demokratischen“ Deutschen (ich rede vom Durchschnitt, natürlich), wie er über den ersten Weltkrieg denke, über die Schuldfrage von damals, über den Versailler Frieden und seine planmäßige Zerreißung, über die deutsche Neuaufrüstung nach 1918, über die Annexion Oesterreichs, des Sudetenlandes und der Tschechoslowakei, über Danzig und Polen, über die Politik der Westmächte und Sowjetrußlands — und ihr werdet bald feststellen, daß er in allen wesentlichen Punkten noch heute genau der gleichen Gesinnung ist, wie sie der angeblich erledigte Hitler und seine Gefolgschaft auch hatten. Der ungeheure Erfolg der nazistischen Propaganda, das vollkommene Zusammenfallen der „demokratischen“ Parteien und das verbissene, opferreiche Durchhalten des deutschen Volkes und seiner Wehrmacht bis zum bitteren Ende (sehr im Gegensatz zum italienischen Volk und Soldaten etwa) ist gar nicht anders zu erklären als aus dem Bewußtsein, das der deutsche Normalpatriot damals hatte: Hitlers Sache ist im Grund auch meine Sache, sein Krieg ist unser aller Krieg, seine Niederlage wäre unsere gemeinsame Niederlage und muß mit allen Mitteln abgewendet werden. Und dieses Bewußtsein lebt in der großen Masse des deutschen Volkes ungebrochen weiter. Daß — um früher Gefagtes zu wiederholen — von der Zerschmetterung der deutschen Bauernrevolution über Friedrich den Zweiten und Bismarck hin zu Wilhelm dem Zweiten und Hitler-Göring eine gerade Linie führt und daß nur ein völliger Bruch mit dieser ganzen geschichtlichen Fehlentwicklung die Kraft gäbe, ein wirklich neues Deutschland zu schaffen, diese Einsicht liegt den allermeisten Deutschen heute noch unendlich fern; ja sie werden sogar erregt und patriotisch empört, wenn man sie in *diesem* Sinn für den Nazismus kollektiv haftbar macht und ihnen zumutet, aus ihrer *falschen* nationalen Solidarität endlich einmal herauszutreten und das Recht und die Wahrheit über alle nationalen Gefühle zu stellen. Die ganze Schwierigkeit — manche werden sagen: Hoffnungslosigkeit — einer Umerziehung des deutschen Volkes liegt *hier* begründet.

Wir müssen helfen Wenn eine solche Umerziehung jemals gelingen soll, müssen freilich die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, muß die ganze Umwelt, müssen auch wir dem deutschen Volke dabei helfen. Und zwar zunächst einmal sehr handgreiflich helfen. Was die Deutschen jetzt vor allen Dingen brauchen, das ist die einfache Möglichkeit zu leben, das ist Nahrung, Kleidung, Obdach, Arbeit und ein wenig seelische Entspannung. Wenn die anderen Völker ihnen ein solches Existenzminimum gewährten, würden sie im deutschen Volk am sichersten den Glauben an die Kraft internationaler Solidarität und an die Aufrichtigkeit der alliierten Erklärungen wecken, daß der Krieg nicht gegen das deutsche Volk als solches geführt

worden sei, sondern gegen das deutsche Volk, das mit Hitler solidarisch war. Und dann würde auch das Besetzungsregime — solange es überhaupt noch dauert — von den Deutschen viel eher als wenn auch harte, so doch notwendige Schutzmaßnahme der alliierten Völker hingenommen werden, vorausgesetzt, daß es vernünftig und menschlich gehandhabt würde, was bis jetzt allerdings nicht der Fall ist. Daß mit einer Politik planmäßiger Umerziehung des deutschen Volkes eine Abtrennung des Ruhrgebietes und des westlichen Rheinlands zugunsten Frankreichs ebenso unvereinbar ist wie die Annexion der großen Agrargebiete östlich von Oder und Neiße durch Polen, samt der dazugehörigen Austreibung einiger Millionen Deutschen aus diesen Provinzen, das erscheint selbstverständlich; wenn die Friedenskonferenz hier nicht trotz allem, was schon geschehen ist, ein Machtwort spricht, geht sicher eine böse Saat auf. Darüber hinaus ist es aber hohe Zeit, daß die Alliierten für die wirtschaftlich-soziale und politische Wiederbelebung Deutschlands ein vernünftiges Tätigkeitsprogramm aufstellen und durchführen. Die neun Forderungspunkte, welche die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jüngst in ultimativer Weise den britischen und amerikanischen Behörden zugestellt hat, erscheinen unter diesem Gesichtspunkt keineswegs unbillig. Sie lauten:

Gerechte Verteilung der Lasten;
Sozialisierung der Schlüsselindustrien, der Versorgungsunternehmungen, der Verkehrsmittel, Banken und Versicherungsgesellschaften, sowie eine drastische Landreform;
Teilnahme der deutschen Verwaltung an der Kontrolle von Kohle, Eisen und Stahl;
gerechte Warenverteilung durch Neuordnung der Löhne und Preise;
hinlängliche Sozialpensionen und Pensionen für Kriegsoffer und Opfer des nationalsozialistischen Regimes;
keine weitere Abmontierung und Zerstörung von Fabriken mit Friedenspotential;
Zusicherung einer ausreichenden Lebensmittelversorgung;
ausreichende Brennstoffzuteilung;
demokratische Kontrolle in allen Verwaltungskörperschaften.

Der Hintergrund dieses „Ultimatums“ ist der, daß die deutsche Sozialdemokratie von britischer Seite jede mögliche Unterstützung in ihrem letzten Wahlkampf erhalten hat, daß sie diese Hilfe aber schließlich als höchst kompromittierend empfand, weil die Deutschlandpolitik der Labourregierung eben alles andere, nur nicht sozialistisch ist, ja die Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Zone sogar die Gefahr einer Wiederaufrichtung der kapitalistischen Trutzherrschaft in sich birgt. Vielleicht besinnt man sich in London allmählich doch darauf, was ein sozialistisches England der deutschen Demokratie und dem deutschen Sozialismus schuldig ist!

Die *Wahlen* selbst, die in den kleineren Gemeinden der britischen und französischen Zone stattfanden und die den Kommunisten eine deutliche Niederlage, den Sozialdemokraten einen empfindlichen Rückschlag und den teils als „Unabhängige“, teils als Christlich-demokra-

tische Union auftretenden Kräften der Rechten und der ehemaligen Nationalsozialisten eine ausgesprochene Uebermacht brachten, lassen es zwar fraglich erscheinen, ob ein Programm, wie das der Sozialdemokratischen Partei, bei der Mehrheit der Bevölkerung Anklang fände. Aber die bevorstehenden Wahlen in den Städten werden dieses Bild wohl zugunsten der Linken ändern *), und wenn die Westalliierten nicht von allen guten Geistern verlassen sind, so zögern sie nicht mehr lange, Süd- und Westdeutschland einem demokratisch-sozialistisch organisierten Westeuropa fest einzugliedern. Die östliche Zone Deutschlands wird ja ohnehin immer enger mit dem russisch-polnischen Sowjetsystem und dadurch mit dem kommunistisch ausgerichteten Osteuropa überhaupt verbunden, und die Gemeindewahlen in dieser Zone haben der kommunistisch geführten Sozialistischen Einheitspartei zu Stadt und Land eine derartige Machtstellung — in den meisten Gebieten die absolute Mehrheit — verliehen, daß es unmöglich geworden ist, dieses Ergebnis einfach auf russischen Terror zurückzuführen. Sind die Westalliierten entschlossen, aus dieser Entwicklung wirklich nichts zu lernen?

Der Kampf um Deutschland „Oh, wir lernen schon!“, werden uns vielleicht Engländer und Amerikaner antworten. Und wirklich, ihre amtliche Deutschlandpolitik scheint während der Berichtszeit in einen neuen Abschnitt eingetreten zu sein. Vor allem die Rede des amerikanischen Außenministers *Byrnes* in Stuttgart wurde vielfach, auch auf der Linken, als Beginn einer Wendung zum Besseren in der Haltung der Westalliierten gegenüber Deutschland, ja sogar als „erste menschliche Gebärde“ gegenüber dem Hauptbesiegten des zweiten Weltkrieges bezeichnet, und von englischer Seite wurde bedauernd festgestellt, die Stimme des britischen demokratischen Sozialismus töne in den Ohren des Durchschnittsdeutschen weniger freundschaftlich als diejenige des amerikanischen demokratischen Kapitalismus. Das von *Byrnes* verkündete Ziel der amerikanischen Politik, Deutschland „einen ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt“ zu sichern mit voller Selbstregierung im Innern und Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit, ist auch unzweifelhaft richtig und erstrebenswert. Aber die Umstände, unter denen es proklamiert wurde, geben ihm dennoch einen wesentlich anderen, weit weniger erfreulichen Charakter. *Summer Welles*, der frühere Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, hatte wohl recht, wenn er sagte: „Die Erklärung von *Byrnes* heißt, daß die Vereinigten Staaten mit britischer Unterstützung fieberhaft versuchen, die Gunst des deutschen Volkes zu erwerben, um dem wachsenden Einfluß der

*) Bereits die Kreiswahlen in der französischen und britischen Zone haben eine erheblich stärkere Stellung der Sozialdemokratischen und zum Teil auch der Kommunistischen Partei bekundet. (18. Okt.)

Sowjetunion über die deutschen Massen entgegenzutreten.“ Und in London wurde denn auch *diese* Absicht aus der Rede des amerikanischen Außenministers recht deutlich herausgehört. Die Erklärungen von Byrnes, so berichtete beispielsweise der Londoner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, würden in der britischen Hauptstadt vielfach als „direkte Herausforderung an die Sowjetunion“ aufgefaßt; es werde zugegeben „daß die Angelfachen jetzt beginnen, womöglich Deutschland als Ganzes nach Westen herüberzuziehen, selbst auf Kosten einer zeitweisen französischen Verstimmung.“

Nun hat zwar Byrnes in einer zweiten Rede, von Paris aus, diesen Eindruck wieder etwas zu verwischen gesucht und einen Kampf der Alliierten um Deutschland, der diesem von neuem die Möglichkeit des „Teile und herrsche“ gäbe, entschieden abgelehnt. Darüber hinaus hat er seinen früheren Vorschlag eines alliierten Abkommens über die Entmilitarisierung Deutschlands mit nachfolgender Räumung Deutschlands durch die alliierten Truppen erneuert. Aber erste Voraussetzung einer Zurückziehung der alliierten Militärmacht aus Deutschland wäre die Beseitigung des tiefen gegenseitigen Mißtrauens unter den ehemaligen Kriegskameraden, und dieses Mißtrauen wird nur immer wieder frisch genährt durch Kundgebungen wie die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers, die auf Amerikaner wie Briten, auf Deutsche wie Russen gar nicht anders wirken *konnte* denn als diplomatisch noch etwas verschleierte Ankündigung der Absicht, Deutschland — nicht einem demokratisch-sozialistischen Europa, sondern einem konservativ-kapitalistischen Westblock, mit Front gegen die Sowjetunion, anzuschließen.

Dies um so mehr, als die Zürcher Rede *Churchills* in der gleichen Richtung ging. Auch hier ein an und für sich rechtes und vernünftiges Ziel: die Vereinigten Staaten von Europa, als natürliche Untergliederung der Vereinten Nationen der Welt neben Pan-Amerika, der Britischen Völkergemeinschaft, der Sowjetunion usw., kurz als Bestandteil einer allumfassenden internationalen Rechtsordnung, die auf gegenseitigem Vertrauen ihrer Teilhaber beruht. Was aber *bisher* als Vereinigte Staaten von Europa propagiert wurde, trug einen völlig anderen Charakter: es sollte ein Werkzeug irgendeiner (wenn vielleicht auch ideologisch verkleideten) *Machtpolitik* sein, beruhend auf Mißtrauen, wenn nicht Feindseligkeit einer Gruppe von Nationen gegen die anderen. So verstand es Hitler. So verstand es eine Gruppe „kontinentalpolitisch“ eingestellter deutscher Sozialdemokraten, die das festländische Europa von der „englischen Vormundschaft“ befreien wollten*), was natürlich, wenn es Erfolg gehabt hätte, Europa nur unter die ungleich realere und drückendere *deutsche* Vormundschaft gebracht

*) Zu welchem Zweck Sinn und Wirkung der englischen „Gleichgewichtspolitik“ gehässig entstellt werden mußte!

hätte. So verstand es auch Coudenhove-Kalergi, der sein Paneuropa zum Kampf gegen die Sowjetunion organisieren wollte. Und so versteht es schließlich auch Churchill, der sich zum Ueberfluß noch ausdrücklich auf Coudenhove berief — und dazu auf Aristide Briand, den „lyrischen Tenor“ eines abstrakten Pazifismus, wie ihn Fr. W. Förster einmal nannte, und den mit seiner naiven Europapolitik Herr Stresemann so wunderbar hereingelegt hat.

Ueber Churchills Absichten kann man sich denn auch wirklich keiner Täufchung hingeben. Sie kamen klar genug zum Ausdruck in seiner Fulton-Rede vom vergangenen Frühjahr, in der er ein britisch-amerikanisches Militärbündnis mit offener Spitze gegen Rußland forderte. Sie wurden deutlich in seinem gehässigen Feldzug gegen die britische Labourpartei, in der der Führer der Konservativen eine Organisation zur Verklavung des freien England nach Gestapomanier sieht. Und sie treten auch in seiner Zürcher Rede ganz unverkennbar hervor: Zusammenfassung Westeuropas, das sich Churchill nur bürgerlich-konservativ denken kann, unter britischer Führung zur Verteidigung gegen den kommunistisch-asiatischen Osten, der das Abendland und seine christliche Kultur zu vernichten drohe *).

„Die *Frontstellung* gegen den *Ostblock* ist deutlich“, bemerkt wiederum der Londoner Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ in einem Ueberblick über die Aufnahme, die Churchills Rede in England selbst gefunden hat. Daß sich Frankreich an der Zumutung, es soll sich großmütig mit dem heutigen Deutschland ausöhnen, heftig stoßen würde, war zu erwarten. Und wie gar erst die Reaktion der Sowjetunion auf Churchills Anregung ausfallen würde, darüber konnte von vornherein kein Zweifel bestehen.

Der Fall Wallace Der eindrucksvollste Protest wider die ganze „Front-gegen-Rußland-Politik“ kam aber aus Amerika. Die Neuyorker Rede von Henry Wallace wurde zwar *vor* Churchills Rede gehalten, ist aber dennoch eine leidenschaftliche Auflehnung gegen die ganze Weltpolitik, die Churchill ebenso wie Byrnes und sein Kreis verfolgt, eine eigentliche Flucht in die Öffentlichkeit vor gewissen friedensgefährlichen Tendenzen, die der bisherige Handelsminister der Vereinigten Staaten hinter den Kulissen am Werke sah. Die Rede von Wallace hat recht schwache Stellen; insbesondere seine Anklage gegen den britischen Imperialismus, der das gutmütige Amerika in sein Schlepptau zu nehmen suche, erscheint zunächst einigermaßen grotesk. Allein man kann diese Rede nur verstehen, wenn man sie im Zusammenhang mit der Denkschrift liest, die Wallace am

*) Marshall Smuts, dem Südafrikaner, kann man glauben, daß er mit seiner Rede im Haag keine Westblockabsichten verfolgte. Aber die Notwendigkeit einer englischen, und das heißt gegenwärtig eben scharf gegen die Sowjetunion gerichteten, Führung der Vereinigten Staaten von Europa betonte er um so stärker.

23. Juli dieses Jahres an Präsident Truman gerichtet hat, und der dieser (und das amerikanische Außenministerium) offenbar nicht die geringste Folge gegeben hat. Der Brief Wallace's an Truman, den wir dank dem „New Statesman“ (vom 28. September) nun auch in Europa im vollen Wortlaut kennen lernen durften, ist ein Dokument ersten Ranges zur Zeitgeschichte. Wallace kommt darin auf Grund seiner als Kabinettsmitglied gewonnenen Einsichten zu dem Schluß, daß Amerika bewußt oder unbewußt einem Krieg mit Rußland zusteuere. Seine ungeheuren Rüstungen (13 Milliarden Dollar Militär- und Flottenausgaben bei einem Gesamtausgabenbudget von 36 Milliarden für das laufende Jahr), die Errichtung eines gewaltigen Systems von Flotten- und Luftstützpunkten, die Tausende von Meilen von den Vereinigten Staaten entfernt, nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein könnten, die offenkundige Neigung einer ganzen Schule von Armee- und Flottenoffizieren zu einem Präventivkrieg, der Kampf um das mittelasiatische Erdöl, an dem sich Amerika so lebhaft beteilige, der bei jeder Gelegenheit bekundete Wille des amerikanischen Außenministers, durch Konzentrierung größter Machtmittel Rußland einzuschüchtern — all das, so sagt Wallace, und dazu die Unterstützung, die Amerikas Außenpolitik bei den übrigen Westalliierten finde, „birgt die *äußerste Gefahr eines dritten Weltkrieges* in sich — diesmal eines Atomkrieges.“

Demgegenüber betont Wallace nachdrücklich die Pflicht der Vereinigten Staaten, als der größten und führenden Weltmacht, den Weg zur Organisierung des Friedens zu weisen und zu gehen. Ihre Politik müsse vor allen Dingen darauf gerichtet sein, „jeden vernünftigen Grund Rußlands zu Furcht, Verdacht und Mißtrauen abzuschwächen“. Und er macht dafür auch eine Reihe bestimmter Vorschläge: Abgrenzung der gegenseitigen Interessenzonen (eine Haltung, auf der seit der Aufstellung der Monroe-Doktrin die ganze amerikanische Außenpolitik beruhte), Internationalisierung der Atombombenherstellung in einer Weise, daß die Russen keine amerikanische Auskundenschaftung ihrer bisherigen Forschungs- und Fabrikationsgeheimnisse zu beforgen hätten, Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion etc.

Wallace hat sich mit diesem Brief und mit der darauf gestützten Neuyorker Rede zum Wortführer der Opposition gegen den englisch-amerikanischen Kurs in der Weltpolitik gemacht. Die Folge war, daß er, unter dem Druck von Byrnes, nach etwelchem Schwanken von Truman Knall und Fall entlassen wurde. Sein Nachfolger als Handelsminister ist der junge Harriman, einer der größten Finanzmagnaten Amerikas und Sohn des bekannten früheren Eisenbahnkönigs.

Amerikanische Politik Die Bahn ist nunmehr frei — gewiß nicht für eine Politik, wie sie die rechtsradikalen Scharfmacher verlangen, die einen Krieg mit der Sowjetunion für un-

vermeidlich halten und alle Vorbereitungen dafür getroffen wissen wollen, aber doch für die Politik des „Hart-Zupackens“ gegenüber Rußland, aus der sich eben auch ein Krieg ergeben kann.

„Indem er Wallace fallen ließ“, so bemerkt der „New Statesman“ zutreffend, „hat Truman über jeden Zweifel hinaus dargetan, daß die Regierung entschlossen ist, die gefährliche Politik von Byrnes fortzuführen. Ihr Ziel ist nicht eine Regelung durch Ausgleich, sondern die Erstrebung eines *amerikanischen Friedens* in jedem Teile der Welt. Das schließt ein wirkliches Kriegsrisiko in sich, weil die Russen, vor diese amerikanische Haltung gestellt, einen Ausgleich ablehnen und ihrerseits einen *russischen Frieden* erstreben werden. Aber Byrnes ist sich klar darüber, daß sein Feldzugsplan gänzlich von der Mitwirkung des Britischen Commonwealth abhängt. Die Pax Americana kann nur durch einen englisch-amerikanischen Block diktiert werden. Darum der Widersinn, daß frühere Isolationspolitiker das Bündnis mit Großbritannien unterstützen und Wallace es angreift. Wallace wünscht die Zusammenarbeit der Großen Drei, Byrnes die britische Unterstützung zur Niederringung Rußlands — womöglich ohne Krieg.“

Man würdigt diese ganze amerikanische Außenpolitik nur richtig, wenn man sie in Beziehung zu der gegenwärtigen Innen- und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten setzt. Die Vereinigten Staaten — das muß man sich immer vor Augen halten — erleben gegenwärtig eine eigentliche *kapitalistische Renaissance*. Der Krieg hat nicht nur den amerikanischen Volkskörper und Produktionsapparat unangetastet gelassen; er hat sogar die amerikanische Wirtschaft und damit den Kapitalismus gewaltig gestärkt. Er hat — weil die Kriegsproduktion nur im Großen möglich war — die industrielle Konzentration in Riesenbetrieben und Großkonzernen erheblich beschleunigt. Er hat den Kapitalbesitzern märchenhafte Gewinne in den Schoß geworfen (trotz den hohen Steuern), Gewinne, die durch die Profite aus der Nachkriegskonjunktur noch überboten werden und mit denen die Vereinigten Staaten jetzt ihre militärischen Rüstungen finanzieren zum Zweck der Erhaltung eines Systems, in dem es sich (für die Oberschicht) so herrlich leben läßt, und zum Kampf gegen die Sowjetunion, die durch den Krieg fast ausgeblutet und wirtschaftlich um mindestens ein Jahrzehnt zurückgeworfen worden ist. Mit Ingrimms kehrt sich die herrschende Klasse gegen alle Staatseingriffe und planwirtschaftlichen Maßnahmen, die aus der New Deal-Zeit und den Kriegsjahren noch übrig geblieben sind. Sie führt einen erbitterten Kampf insbesondere auch gegen die Gewerkschaftsbewegung, die durch Roosevelt eine ganz neue Rechtsstellung erhalten hat, einen Kampf, der — mit der Case-Bill und der Trumann-Bill bis an die Grenzen faschistischer Unterdrückung herangeführt hat. Alle demokratiefeindlichen Kräfte — Antisemitismus, Ku-Klux-Klan, Negerhaß usw. — erwachen von neuem. Ein heftiger Antikommunismus und Antisowjetismus hat sich, unter dem Einfluß einer

wohlorchestrierten Propaganda, weiter Kreise des amerikanischen Volkes bemächtigt. Und in den Strudel dieser ganzen reaktionär-kapitalistischen Bewegung, die jetzt durch die Vereinigten Staaten geht, ist nun auch die amerikanische Außenpolitik gerissen worden, teils als Ausdruck des schlechten Gewissens, das angesichts der kommunistischen Großmacht im Osten die kapitalistische Welt umtreibt, und der Existenzangst, die sie — vielleicht sehr unvernünftiger Weise — erfaßt hat, teils als Wirkung des Ausfuhr- und Ausdehnungszwanges, unter dem jede hochkapitalistische Wirtschaft steht, und der einen verschärften Imperialismus fast unvermeidlich macht. Die Opposition gegen diesen verhängnisvollen Kurs hat mit dem Sturz von Wallace ihren letzten Stützpunkt im amerikanischen Kabinett verloren; eine Zügelung und Ueberwindung des Neu-Imperialismus der Vereinigten Staaten ist von nun an bloß noch von einer elementaren *Volksbewegung* zu erwarten, die der Herrschaft der „sechzig Familien“ rechtzeitig ein Ende macht.

Britische Außenpolitik Entscheidende Hilfe kann ihr dabei von England her kommen — dann nämlich, wenn sich die britische Außenpolitik von ihrer viel zu weit gehenden Solidarität mit dem kapitalistischen Amerika löst. Bis jetzt sind dafür noch keinerlei ernsthafte Zeichen zu bemerken. Im Gegenteil: im Kampf um die Richtung der amerikanischen Außenpolitik hat sich — soweit dies überhaupt nach außen hin sichtbar wurde — London nicht hinter den fortschrittlichen Demokraten Wallace, sondern hinter den Konservativen Byrnes gestellt, den Vertrauensmann des big business und der Wehrmachtführer. Das entspricht durchaus der immer größer werdenden Gemeinsamkeit, die sich unter Bevin zwischen der amerikanischen und der britischen Außenpolitik herausgebildet hat. Churchills Vorschlag einer amerikanisch-englischen Militärallianz ist heute, wie Robert Jungk in der „Weltwoche“ aus Washington schreibt, „ein praktisches Programm, das sich auf dem Wege zu seiner Erfüllung befindet“. Und ich habe nur wenig Zweifel daran, daß es ähnlich auch mit Churchills Idee der Vereinigten Staaten von Europa gehen wird — so wie er sie eben versteht. Die Londoner „Peace News“ haben schon recht, wenn sie meinen:

„Für Bevin ist es schwer, eine eigene Linie zu verfolgen, die im wesentlichen mit der Innenpolitik der Regierung im Einklang stünde. Er kann zum Beispiel nicht wirksam auf sozialistische Wirtschaftsmaßnahmen in Italien drängen, wo die längst fällige wirtschaftliche Sanierung durch eine Vermögensabgabe von der Regierung de Gasperi absichtlich verschleppt worden ist. Amerika hat eben in Italien die Musik bezahlt und kann darum auch befehlen, was gespielt wird. Es hat Geld ins italienische Geschäft gesteckt — Geld, das in der Hauptsache in die Taschen der bereits Reichen geflossen ist, wie das britische Geld in Griechenland —, um das System der ‚freien Wirtschaft‘ aufrechtzuerhalten. Aber das bedeutet im heutigen Italien nicht auch *gesunde* Wirtschaft. Es bedeutet die Stützung eines durch und durch ausbeuterischen Systems pseudofeudalen Großgrundbesitzes im Süden,

die Begünstigung antisozialer Spekulanten im Norden und überall Arbeitslosigkeit und Inflation ... Italien ist nur *ein* Beispiel, und sicher nicht das ärgste. Die unangenehme Wahrheit ist, daß in der ganzen Welt — in China, in Aegypten, auf den Philippinen und in Japan — korrupte und schmarotzerhafte Klüngel reicher und rücksichtsloser Menschen die englisch-amerikanische Angst vor dem Kommunismus ausbeuten, um ihre Tyrannei über die Armen zu befestigen. Diese Elemente in aller Welt, die ebenso unwissend wie verderbt sind, erwarten verantwortungslos einen Atomzusammenstoß zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Großbritannien befindet sich mit ihnen in übler Gesellschaft, und je eher sich die britische Regierung aus dieser falschen und gefährlichen Lage herauszieht, um so besser, auch wenn es nötig wird, unsere sogenannten Lebensinteressen im Mittelmeerraum zu opfern, um die Hände sauber zu bekommen.“

Gerade dazu kann sich aber Großbritannien nicht entschließen. Und Amerika sucht sich für seine neue Kraftmeierpolitik genau die Stellen aus, an denen England imperialistische „Lebensinteressen“ zu verteidigen hat. Der britische Imperialismus ist eben noch keineswegs „tot ohne Tränen“, wie einer unserer englischen Freunde kürzlich meinte. Er ist, wie Indien und Aegypten allerdings zeigen, auf dem *Rückzug*; aber lebendig ist er gleichwohl immer noch sehr. Und zwar nicht nur im klassischen Sinne des Wortes Imperialismus: als kapitalistische Interessen- und Ausdehnungspolitik, hinter der die staatlichen Machtmittel stehen, sondern auch im Sinne der Sicherung überseeischer Machtstellungen, strategischer Stützpunkte und wichtiger Reichsverteidigungslinien mit politisch-militärischen Mitteln. Und zusammen mit der amerikanischen „Dollardiplomatie“ und „Dollarstrategie“, mit der russischen Machtsicherungspolitik und dem nationalen Egoismus der Mittel- und Kleinstaaten ist er für den Zustand zwischenstaatlicher Anarchie und unerquicklicher Machtrivalität verantwortlich, der die Weltlage neuerdings kennzeichnet.

Stalins Friedensangebot In diese Lage hinein hat nun Stalin, durch Vermittlung eines englischen Journalisten, sein Friedensangebot an die Westmächte geworfen. Denn das ist in Wirklichkeit der Sinn seiner Antworten auf die zweifellos vorher sorgfältig vereinbarten Fragen Alexander Werths. Stalins Wille, zu einer friedlichen Verständigung mit den Westalliierten zu kommen, ist so eindeutig, daß er einen geradezu krampfhaften Optimismus bekundet, der in den Tatsachen selbst keine zureichende Begründung findet. So wenn er das Bestehen einer Kriegsgefahr einfach leugnet, wenn er nicht an die Absicht Englands und Amerikas zu glauben vorgibt, die Sowjetunion „kapitalistisch zu umklammern“, wenn er die Rolle der Atombombe in einem künftigen Krieg möglichst zu verkleinern sucht, und was dergleichen Schönmalereien mehr sind. Um so wichtiger ist es, daß Stalin — wie zuvor schon gegenüber einer Abordnung der britischen Labourpartei — die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Sowjetunion und der westlichen Demokratien im Sinne von Wallace entschieden bejaht, daß er einem Ausbau der eng-

lich-russischen Beziehungen das Wort redet, daß er russische Absichten, Deutschland gegen die Westmächte auszuspielen, bestreitet und die kommunistischen Parteien Westeuropas von den Rockschößen der Sowjetunion abzuschütteln sucht.

Man hat sich gefragt, was wohl Stalin zu einer solch auffälligen Bekundung des russischen Friedenswillens veranlaßt habe. Man hat dahinter vielfach nur ein taktisches Manöver sehen wollen, hat seine Erklärungen als lediglich für den „inneren Gebrauch“ bestimmt gedeutet, hat von Zerwürfnissen mit Molotow und den Armeeführern geredet usw. Die richtige Auslegung scheint mir diejenige zu sein, die von den außerordentlichen Schwierigkeiten der *inneren Lage der Sowjetunion* ausgeht. Wir sind über diese Lage ja freilich schlecht unterrichtet, da die russische Staatsführung, nachdem sie früher den Grad der militärischen Stärke der Sowjetunion vor dem Ausland streng geheimgehalten hatte, von einem Bekanntwerden der genauen wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands eine Schwächung ihrer internationalen Stellung und eine Ermutigung der sowjetfeindlichen Kräfte in der Welt befürchtet. Aber die Nachrichten, die uns erreichen, scheinen doch ziemlich klar zu machen, daß, als Folge der riesenhaften Kriegsverwüstungen, in der Sowjetunion die Zerrüttung von Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft womöglich noch größer ist als unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, daß das russische Volk körperlich und seelisch erschöpft ist, daß die russischen Besatzungstruppen in Mittel- und Südosteuropa dienstmüde sind, und daß ein energischer amtlicher Feldzug zur Bekämpfung von Verdrossenheit, Kritikfucht, Korruption, Nationalismus und Militarismus für nötig befunden worden ist. Auf jeden Fall dürfte Professor Laski recht haben, wenn er nach einer Rußlandreise sagte: „Es wird das russische Volk zehn bis fünfzehn Jahre kosten, um die ungeheuerlichen Materialverluste der Kriegsjahre wettzumachen. Eine weitere Generation ist, praktisch gesprochen, verurteilt, das harte Leben auf sich zu nehmen, das seit 1917 das Los des russischen Volkes war. Die Kosten des russischen Sieges waren so hoch, daß das Land die Anstrengungen eines neuen Krieges nicht auf sich nehmen könnte.“

Stalin weiß das alles wohl besser als jeder andere Mensch. Wenn er darum trotz der Gefahr, daß seine Erklärungen als Schwächezeichen gedeutet werden, die Hand zur Verständigung mit den Westmächten ausstreckt, so ist es ihm damit sicherlich ernst. Wie man auch immer über den russischen „Weltbeherrschungsdrang“ denken mag — auch wenn es richtig wäre, daß die Sowjetunion am liebsten das kommunistische Evangelium, dem Islam gleich, mit Feuer und Schwert den ungläubigen Nationen aufzwingen würde, so muß sie mindestens auf alle absehbare Zeit fast um jeden Preis Frieden halten, weil sie Krieg führen einfach nicht *kann*. Und zwar auch wenn sie einmal Atombomben herzustellen imstande wäre. *Darum* gab sich Stalin solche Mühe,

die unbedingt friedlichen Absichten auch der Westmächte zu betonen; er wollte seinen Völkern nach Möglichkeit die lähmende Furcht vor einem neuen Kriege nehmen, und hat mit seinen Erklärungen innenpolitisch anscheinend auch wirklich entspannend und erleichternd gewirkt. Mochte man eine Zeitlang den Eindruck haben, die Sowjetregierung übertreibe die Kriegsgefahr absichtlich, um das Volk systemstreu zu erhalten, so besteht heute bei ihr viel eher die gegenteilige Absicht. Und das ist, international gesehen, sicher kein schlechtes Zeichen*).

Der internationale Machtkampf Wie hat nun aber Stalins Friedensangebot auf die Außenwelt gewirkt? Ist der psychologische

Augenblick, der im Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion wieder einmal eingetreten war, verantwortungsbewußt genützt worden? Haben die Regierungen Englands und Amerikas klar zu erkennen gegeben, daß sie auch ihrerseits bereit seien, eine Lage herbeizuführen, aus der eine langfristige Verständigung mit der Sowjetunion hervorgehen könnte? Es wäre vermessen, irgend etwas Derartiges zu behaupten. Der internationale Machtkampf geht weiter, als hätte Stalin überhaupt nicht gesprochen. Und *wenn* von praktischen Folgerungen die Rede war, die aus den Erklärungen des russischen Generalissimus zu ziehen seien, so hieß es meistens, wie in gewissen Diskussionen über die Abschaffung der Todesstrafe: „Die Herren Mörder sollen einmal anfangen!“ Stalin soll uns zuerst einmal durch die *Tat* beweisen, daß seine Worte mehr sind als bloße Schaumflägerei!

Und so sehen wir eben in der hohen Politik immer noch kein ernstes, gläubiges Suchen nach den Grundlagen einer wahrhaften Friedensordnung, sondern nur ein widerliches Markten um zeitweilige Sondervorteile und um opportunistische Lösungen, wenn nicht gar das zähe Bemühen, möglichst günstige Ausgangstellungen für den „nächsten Krieg“ zu gewinnen. Das gilt insbesondere auch für die Verhandlungen der sogenannten *Friedenskonferenz* in Paris, die nunmehr endlich mit der Durchpeitschung der vorläufigen Entwürfe zu den Friedensverträgen mit den Trabanten der Achsenmächte abgeschlossen worden ist — in

*) Alvarez del Vayo, der ehemalige sozialistische Außenminister der spanischen Republik, hat in der Neuyorker „Nation“ auf Grund eines kurzen Aufenthalts in Rußland die augenblickliche Lage in der Sowjetunion günstiger dargestellt, als sie uns aus der Ferne erscheint. Er meint zwar ebenfalls, die Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die Unabhängigmachung der russischen Wirtschaft vom Ausland (die Rote Armee bekam während des Krieges von den Westalliierten doppelt soviel Material wie aus den russischen Fabriken!) werde wohl zwei bis drei Fünfjahresperioden brauchen. Aber die Ermüdungs- und Korruptionsercheinungen in der Bevölkerung hält er nicht für wesentlich; entscheidend sei der ungeheure Zukunftsglaube und unbezähmbare Arbeitswille, der die Sowjetvölker erfülle. Die Stellung Stalins und des Regimes sieht er für vollständig gesichert an. Das gewaltige Friedensbedürfnis der Sowjetunion betont aber auch del Vayo nachdrücklich. Der Kreml werde es auf gar keinen Fall bis zu einem offenen Bruch mit dem Westen kommen lassen. (18. Okt.)

Erwartung einer Konferenz der alliierten Außenminister in Neuyork, die die Verträge endgültig bereinigen soll —, wobei sich zuletzt der slawische Block und die mehr oder weniger geschlossene Front der von England und Amerika geführten übrigen Staaten gegenübergestellt sind. Das Vernünftigste vielleicht, das in Paris geschah, war die außerhalb der Konferenz erzielte Verständigung zwischen Oesterreich und Italien über Südtirol, die den deutschsprechenden und österreichisch gesinnten Bewohnern dieses unglücklichen Landes wenigstens eine gewisse kulturelle Selbstbestimmung sichert.

Der Kampf um den *Mittelmeerraum*, der an der Pariser Konferenz immer wieder aufflammte, geht auch sonst mit unverminderter Hartnäckigkeit weiter. England und Amerika stehen nur zu deutlich sichtbar hinter *Italien* und *Griechenland*, diesen beiden wichtigen Stützpunkten ihrer Machtstellung in Südeuropa, während die Sowjetunion ihrerseits hinter *Jugoslawien* steht (Triest!) und Griechenland von innen her in die Hand zu bekommen sucht. Gleichzeitig kämpfen die Russen um die endliche Erfüllung ihres alten Wunsches, durch die *Meerengen* ungehinderten Zugang zum Mittelmeer zu bekommen, und stoßen dabei auf den heftigsten Widerstand nicht nur der Engländer, die das Mittelmeer als *ihr* Meer betrachten und von Athen und den griechischen Inseln aus die Russen in Schach halten können, sondern auch der Amerikaner, die auf die neue russische Note an die Türkei über die gemeinsame Verteidigung der Meerengen prompt mit der Ankündigung antworteten, ihre „Demonstrationsflotte“ werde solange im Mittelmeer bleiben, als es die Umstände erforderten.

In *Persien* verhalten sich die Russen zur Zeit eher abwartend; die Initiative liegt bei den Engländern, die in „ihrer“ Zone — Südiran — das Heft fest in der Hand behalten und keine Mühe gehabt zu haben scheinen, einen freiheitsdurstigen Eingeborenenstamm gegen die Regierung von Teheran und den russischen Einfluß im Norden aufzuputtschen*).

Die Verhandlungen über *Palästina* sind gänzlich auf dem toten Punkt angelangt, und zum großen Verdruß Londons und des amerikanischen Außenministers, der seine Zusammenarbeit mit England gefährdet sieht, hat Präsident Truman diesen Augenblick benützt, um aufs neue eine massive Einwanderung von Juden nach Palästina und die Bildung eines jüdischen Teilstaates zu befürworten. Auch die Diskussion um die Räumung *Aegyptens* und die Zukunft des Sudans ist nicht vom Fleck gekommen; britische Reichsinteressen und ägyptischer Nationalismus stehen sich noch immer anscheinend unverföhnlich gegenüber.

*) Neuerdings wird gemeldet, die Sowjetunion habe Persien ein Militärbündnis angeboten, das auf die Einbeziehung Persiens in das russische Verteidigungssystem hinauslaufe. Die Kabinettskrise in Teheran scheint damit in Verbindung zu stehen. (18. Okt.)

Ein Lichtblick bleibt *Indien*, das Schritt für Schritt den Weg zur vollen politischen Selbstregierung findet. Der Eintritt auch der Mohammedaner-Liga in die Regierung Nehru scheint grundsätzlich beschlossen zu sein — die beste Gewähr für eine ruhige Entwicklung der Lage *).

Dagegen kleben in *Indonesien* die Holländer sehr zäh an der Macht (und am Geld). Hoherfreulich ist demgegenüber der Widerstand der holländischen Soldaten, die nach Indonesien verschifft wurden und den Befehl erhalten haben sollen, im Kampf mit den Eingeborenen keine Gefangenen zu machen, sowie der gegen den Willen der (sozialdemokratischen) Partei der Arbeit und der Gewerkschaften ausgebrochene Generalstreik in Amsterdam gegen die Truppenverladungen nach Indonesien **).

In *China* führt Tschiang Kai-Schek mit amerikanischer Unterstützung seinen Krieg gegen die „Kommunisten“ erfolgreich weiter, während die Amerikaner in *Japan* ihre Machtstellung mit Hilfe der wunderbar zur Demokratie bekehrten kapitalistisch-feudalen Oberschicht planmäßig ausbauen. Gegen wen? Daß sie jetzt den japanischen Kaiser, diese Puppe, als Kriegsverbrecher vor Gericht stellen wollen, ist im Hinblick auf Hiroshima und Nagasaki ein schwerer Stillfehler. Sie sollten lieber die Rolle der großen Bankhäuser und Industriekonzerne während der vergangenen zwanzig Jahre etwas genauer untersuchen.

Was nun? So ist die ganze Welt andauernd von Waffenlärm erfüllt, und General Smuts beschreibt die Lage schon richtig, wenn er in einer Radioansprache sagte: „Ob schon kein Mensch heutzutage den Krieg wünscht, so sehe ich doch keinen neuen Geist, auf dem mit einiger Sicherheit der Weltfrieden in einer ferneren Zukunft aufgebaut werden könnte.“ Und doch *muß* einer Entwicklung Einhalt geboten werden, die — nicht morgen und nicht übermorgen, aber doch in fünf oder zehn Jahren zu einem dritten Weltkrieg zu führen droht. Wo sollen aber die friedenswilligen Kräfte praktisch ansetzen? Unzweifelhaft bei der *Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Ver-*

*) Die jüngsten, überaus blutigen Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus zeigen freilich aufs neue, wie unverföhnlich sich die beiden großen Volksgruppen gegenüberstehen. (18. Okt.)

***) In einem von sozialdemokratischen Blättern der Schweiz veröffentlichten Artikel bemerkt Jeff Laft, der holländische Sozialist und Dichter, sehr ernst: „Die Partei der Arbeit hat bei den Wahlen schon sehr viele Arbeiterstimmen an die Kommunisten verloren; sie droht von einer Arbeiterpartei zu einer Partei der Spießbürger zu werden, wenn sie sich auf ihrem Kongreß zwar mit Resolutionen scharf gegen den Kolonialkrieg erklärt, in der Praxis aber die tiefgehende Abneigung der holländischen Arbeiterklasse gegen die Truppentransporte nicht anerkennt. Für die Regierung, aber auch für die Partei der Arbeit bedeutet der Generalstreik in Amsterdam eine letzte, scharfe Warnung.“

trauens der Völker und Regierungen. Das schon wieder zur Gewohnheit gewordene Denken in strategischen Begriffen kann auf andere Weise nicht überwunden werden, und die Lösung der unzähligen politischen Fragen, an denen sich die Diplomaten abmühen, ist solange unmöglich, als diese Grundvoraussetzung aller Friedensarbeit nicht erfüllt ist, während sie kinderleicht wird und auf den Rang bloßer technischer Aufgaben herabsinkt, wenn einmal die Kriegsfurcht aus den Herzen der Menschen verschwunden sein wird.

Ich kann aber nicht anders als hier wiederum meine Ueberzeugung aussprechen, daß der erste, entscheidende Schritt auf dem Wege zur Ausrottung der Kriegsfurcht von den *Westalliierten* getan werden muß — nicht von der Sowjetunion, wie die landläufige Meinung will. Es liegt mir, wenn ich auf dieser Notwendigkeit bestehe, gar nichts daran, aus Parteilichkeit für die Sowjetunion oder aus Voreingenommenheit gegen die Angelfachsen die russische Politik zu verteidigen. Bei aller Hochschätzung des *Positiven* das in Rußland geleistet worden ist, steht mir die Wahrheit höher als die Revolution, und was die Angelfachsen betrifft, so bin ich viel eher *für* sie, für ihre Art und ihre Kultur voreingenommen als gegen sie. Die russische Weltpolitik kann ich übrigens schon darum nicht verteidigen, weil sie hartgefottene „Realpolitik“ ist und jede Leidenschaft für das Recht — die gerade Sozialisten wohl anstünde — vermissen läßt. Aber „Realpolitik“, und zwar eine weit gefährlichere als die Sowjetunion, treiben auch die beiden angelfächsischen Reiche, sonst könnte ein sogenannter Idealist wie Wallace nicht seine ganze ernste, im christlichen Glauben verankerte Persönlichkeit gegen sie einsetzen. Und ich empfinde es einfach als schweres Unrecht, gegen das ich mich auflehne, daß von zehn Menschen jedesmal neun über den Splitter im russischen Auge ihre sittliche Enttötung bekunden, während sie den Balken im angelfächsischen Auge nach Möglichkeit zu beschönigen und zu verkleinern suchen.

Oder ist's etwa nicht so? Sehen wir zu!

Die beiden angelfächsischen Mächte suchen sich, die eine schon seit hundert und mehr Jahren, durch ein um den ganzen Erdball herum gespanntes Netz strategischer Stützpunkte, durch Befetzung fremder Länder — Aegypten, Palästina, Südpersien, Afghanistan, Hinterindien, China, Japan, die Philippinen, Panama usw. — imperialistisch zu sichern — was gibt es Normaleres und Begreiflicheres auf dieser rauhen Erde? Wenn aber die Sowjetunion jetzt zum gleichen System übergeht — nur in bescheidenerem Ausmaße —, dann ist das ruckloser Ausdehnungsdrang und verwerfliche Gewaltpolitik eines offenkundig zum Krieg entschlossenen Diktaturregimes.

Daß die Engländer den Suezkanal und die Amerikaner den Panamakanal als für sie lebenswichtige Verkehrsstraße betrachten, die sie allein in der Hand haben müßten, erscheint beiden Nationen völlig selbstverständlich; wenn die Russen eine ähnliche, mit den Türken zu

teilende Vorzugsstellung am Bosporus und an den Dardanellen verlangen, dann muß dieser Anmaßung mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

England und Amerika dürfen überall in der Welt mit den konservativen und reaktionären Oberschichten zusammenarbeiten, ohne daß ihnen das besonders übel genommen würde; daß die Sowjetunion die nach sozialer und politischer Befreiung verlangenden *unteren* Klassen in Europa und Asien unterstützt, ist unerträgliche Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten und frevelhafte Schürung der Weltrevolution.

Den Russen nimmt man es außerordentlich übel, daß sie den Baruch-Plan über die Internationalisierung der Atombombenherstellung abgelehnt haben. Aber Wallace fragt — in seinem Brief an Truman — mit Recht: „Wären wir besonders begeistert, wenn die *Russen* ein Monopol für Atomkraft hätten und sich erböten, dessen Kenntnis mit uns irgendwann einmal in der Zukunft nach ihrem freien Willen zu teilen, sofern wir jetzt einverstanden wären, keine Bomben herstellen zu wollen und ihnen von unseren geheimen Uranium- und Thorium-Lagern Kenntnis zu geben? Ich denke, wir würden ebenso reagieren, wie es anscheinend die Russen getan haben.“

Internationale Neuorientierung Und so könnte man noch lange fortfahren. Noch einmal: Was die Russen an Macht- und Gewaltpolitik geleistet haben, kann und soll nicht verteidigt werden. Aber die elementarste Gerechtigkeit erfordert, daß die russische Macht- und Gewaltpolitik nicht schärfer verurteilt wird als die angelfächsische, und daß die Forderung einer Abkehr von diesen Methoden genau so an die Engländer und Amerikaner gerichtet wird wie an die Russen. Ja, ich gehe weiter und wiederhole: Wenn man will, daß der internationale Machtkampf durch eine redliche Zusammenarbeit der Staaten überwunden werde, dann muß man in erster Linie eine *Neuorientierung der Außenpolitik der Westalliierten* verlangen, die noch allzusehr im Banne kapitalistischer Macht- und Profitinteressen steht und geschichtlich wie psychologisch zu einem entscheidenden Teil für die falsche Richtung der russischen Außenpolitik verantwortlich ist.

Das mag Zeit beanspruchen, obschon auch rasch wirkende Maßnahmen zur Entspannung der internationalen Atmosphäre ergriffen werden können, zum Beispiel eine drastische und allgemeine Rüstungsverminderung, die nach einem Vorschlag von H. N. Brailsford die britische Regierung der Versammlung der Vereinten Nationen beantragen sollte. Aber an die Hand genommen werden *muß* eine Umstellung der Außenpolitik der angelfächsischen Mächte, so wie das auch der Verfasser einer in den Londoner „Left News“ veröffentlichten (und in der „Roten Revue“ abgedruckten) Studie über die russische Außenpolitik fordert, der meint:

„Es wird wohl viele ereignisreiche Jahre benötigen, dem Kreml zu beweisen, daß unsere Politik nicht so mit dem amerikanischen Kapitalismus verknüpft ist, daß wir uns in einen antifowjetischen Krieg müßten verwickeln lassen. Das zu beweisen ist unsere Aufgabe, und die Zukunft Deutschlands, Oesterreichs, Italiens und der sonstigen umstrittenen Länder und Gebiete hängt von unserer geduldrigen, unerfchütterlichen, mutigen Durchführung dieser Aufgabe sowohl in unserer Innen- und Reichspolitik als auch in unserer Außenpolitik ab.“

Lösung der Außenpolitik von kapitalistischen Einflüssen, nicht nur in Großbritannien, sondern in der Welt überhaupt — das ist allerdings die entscheidende Aufgabe. Denn wenn man den Gegensatz Westmächte-Sowjetunion, der im Mittelpunkt allen Weltgeschehens steht, auch sicher nicht einfach auf die Formel „Kapitalismus gegen Sozialismus“ zurückführen kann, schon deswegen nicht, weil Sowjetunion und Sozialismus sich keineswegs decken, so kann es doch gar keine Frage sein, daß die stärkste Triebkraft der rußlandfeindlichen Bewegung in der Welt bürgerlich-kapitalistischen Ursprungs ist, daß diese Bewegung ausgesprochen reaktionären Klassencharakter hat und daß ihr Ziel die Unschädlichmachung der sozialrevolutionären Kräfte nicht allein in der Sowjetunion, sondern auch in allen übrigen Ländern ist. Und es wäre geradezu ein Verhängnis, wenn sich auch sozialistische Parteien und Gruppen, wenn sich Gewerkschaften und fortschrittlich-demokratische Kreise instinktos in die sowjetfeindliche Front einreihen ließen, damit unwillentlich die Geschäfte ihrer eigenen Gegner besorgend. Werfen wir darum zum Schluß, soweit wir das, insbesondere für Asien, nicht bereits getan haben, noch einen ganz raschen Blick auf den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, Sozialismus und Kapitalismus, der sich im Innern verschiedener Staaten und Völker abspielt.

Der innere Kampf In den *Vereinigten Staaten von Amerika* beherrscht, wie schon früher gesagt, die Auseinandersetzung zwischen den erstarkten Mächten der kapitalistischen Reaktion einerseits, der liberalen Linken in den historischen Parteien und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft andererseits die Bühne, namentlich auch in Form von zahlreichen großen und kleineren Streikbewegungen, die durch die steigende Teuerung ausgelöst werden. Sie steht auch hinter dem jetzt in Gang kommenden Kampf um die Neuwahl der Bundesversammlung, bei dem es nicht so sehr darauf ankommt, ob die Republikaner die Demokraten überflügeln werden, sondern darauf, ob die fortschrittlichen Kräfte in *beiden* Parteien ihren Einfluß zu stärken vermögen*). Gewerkschaften und sozialistische Par-

*) Die Demokraten sind zwar im Durchschnitt erheblich fortschrittlicher als die Republikaner, hinter denen die stärksten kapitalistischen Kräfte stehen, und deren linksgerichtete Kandidaten bei den Vorwahlen in diesem Sommer fast alle geschlagen wurden. Allein die bloße Tatsache, daß die Demokraten im November ihre Mehrheit behielten, würde an und für sich noch nicht viel besagen; eine Allianz zwischen Republikanern und Rechtsdemokraten könnte trotzdem eine konservative Mehrheit

teien werden, ihrer bisherigen Taktik getreu, ihr Gewicht auch diesmal innerhalb der alten Parteien selbst in die Waagschale werfen; aber die Entwicklung drängt unverkennbar auf die Bildung einer eigenen Labour- und Fortschrittspartei hin, ohne deren Eingreifen die große Wendung in der amerikanischen Innenpolitik, von der so viel für Krieg und Frieden abhängt, kaum denkbar ist.

In *Großbritannien* geht die Sozialisierungspolitik der Labourregierung ruhig und folgerichtig weiter, ohne daß die ingrimmig zusehenden Konservativen mehr tun könnten als fruchtlos zu protestieren und ihre Parteimaschine zu überholen. Die Selbsthilfeaktion der „Squatters“, die sich einfach in leerstehende Herrschaftshäuser hineinsetzten, ist zwar von der Regierung behutsam abgebremst worden, wirft aber auf die Dringlichkeit einer radikalen Lösung der Wohnungsfrage ein bezeichnendes Licht.

In *Australien* hat die Labourpartei, fast wider Erwarten, bei den Wahlen zur Bundesversammlung ihre Mehrheit behauptet und durch eine gleichzeitig vorgenommene dreifache Volksabstimmung neue Vollmacht für die Fortführung ihrer sozialen Planwirtschaft erhalten.

Bedenklich ist die innere Lage in *Südafrika*, wo Nationalismus, Rassenhaß und soziale Reaktion — nicht am wenigsten im Schoße der Holländischen Reformierten Kirche — zusammenwirken, um einen „christlichnationalen“, das heißt faschistischen, Staat zu schaffen, und allem nach schon recht nahe am Ziel sind*). Der liberale Internationalismus von Smuts scheint reiner Exportartikel zu sein.

In *Schweden* haben die jüngsten Gemeindewahlen im bürgerlichen wie im sozialistischen Lager einen Ruck nach links gebracht. Die Stellung der Linken insgesamt ist dabei nur ganz leicht geschwächt worden, und die Sozialdemokratische Partei behält trotz Verlusten an die Kommunisten ihre Mehrheitsstellung**).

In *Italien* zeigt sich die von den katholischen „Demokraten“ beherrschte und gelähmte Regierung de Gaspari unfähig, die Not des Volkes zu lindern oder gar eine Politik einschneidender wirtschaftlicher und sozialer Reformen zu betreiben. Das Chaos nimmt darum beunruhigend zu und artet teilweise bereits in wilde Arbeitskämpfe und Aufruhrbewegungen aus. Vorboten eines neuen Faschismus?

Das *französische* Volk hat soeben die zweite Verfassungsvorlage, die ihm nach der Verwerfung der ersten unterbreitet wurde, mit guter

ergeben. Es kommt also darauf an, daß die fortschrittliche Mehrheit der Demokraten und die fortschrittliche Minderheit der Republikaner so stark wird, daß ihre Vereinigung eine Linksmehrheit in der Bundesversammlung ergibt. (18. Okt.)

*) „Daily Herald“ und „New Statesman“ haben darüber alarmierende Berichte gebracht.

***) In Per Albin Hansson hat die schwedische Sozialdemokratie einen Führer verloren, der ebenso sehr Volksmann wie Staatsmann war, und dessen grundsätzlicher Reformsozialismus für Schweden offenbar das Richtige traf. (18. Okt.)

Mehrheit angenommen. General de Gaulle, der zur Verwerfung auch dieser Verfassung aufgefordert hatte, hat damit einen Denkkzettel bekommen, der auf einen weniger starrsinnigen Menschen, als er es ist, eine heilsame Wirkung ausüben würde.

In *Spanien* aber fühlt sich Franco so fest im Sattel, daß er sein Regime neuerdings auf die herausforderndste Weise als stärkstes Bollwerk des christlichen Glaubens und als zuverlässigste Kraft im Kampfe gegen den Sowjetkommunismus rühmen darf. Daß die Byrnes, Churchill und Konforten keinerlei Anlaß sehen, diesen schätzenswerten Zeitgenossen zu entfernen, ist wohl begreiflich.

So wogt der Kampf zwischen den Mächten der sozialen und politischen Konservation, ja Reaktion auf der einen, der sozialen und politischen Reform, ja Revolution auf der anderen Seite mit wechselndem Erfolg an den verschiedenen Fronten hin und her. Von einem großen Durchbruch der Sache der Gerechtigkeit und Freiheit, die auch die Sache des Friedens ist, scheinen wir noch weit entfernt. Und doch schauen wir nach allen Anzeichen dafür sehnsüchtig aus. Denn es mag recht wohl sein, daß jetzt, wo die Dinge noch im Flusse sind, die ganze Richtung des Weltgeschehens noch zum guten gekehrt werden kann, während sie später, wenn die Machtpolitik bereits starre Formen angenommen hat, vielleicht zwangsläufig-schicksalhaft zum Verderben führen müßte. Darum wachet! Und wirket, solange es Tag ist! Von selbst wird uns „die Entwicklung“ nicht den Sieg bringen. Dafür braucht es nichts Geringeres als eine aus den Tiefen aufsteigende und von der Höhe her inspirierte Revolution, und in der haben wir alle unseren wenn auch noch so bescheidenen Platz tätig auszufüllen.

14. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Anschluss an die Welt Die entscheidende Frage, die der Schweiz zur Lösung aufgegeben ist, bleibt wohl noch auf lange hinaus die:

Wie fügen wir uns in die neue Welt ein, die aus dem Krieg hervorgehen soll? Was müssen und können wir tun, nicht nur um die Kriegsfolgen zu mildern, sondern vor allem um den Ausbruch eines neuen Krieges verhindern und eine Ordnung der Völkerbeziehungen schaffen zu helfen, die Gerechtigkeit und wirtschaftliches Gedeihen fördert und damit auch den Frieden zwischen den Nationen gewährleistet? Denn nur wenn eine solche internationale Sicherheits- und Wirtschaftsordnung aufgebaut werden kann, wird ja auch die Existenz der Schweiz gesichert sein; wenn nicht, dann steht über all ihren Anstrengungen, sich aus eigener Kraft vor Chaos und Krieg zu bewahren, von vornherein das unerbittliche Wort: Vergebens!

Mit Nachdruck muß darum immer wieder betont werden, daß sich die Schweiz von ihrer internationalen Solidaritätspflicht weder durch